

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 3/2014

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Dienstag, den 25.02.2014
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

- | | |
|-------------------------------|----------------|
| 1. Bürgermeister Jürgen Karle | (Vorsitzender) |
| 3. Bürgermeister Kurt Selbert | |
| Eugen Bock | |
| Roland Brönnner | |
| Peter Görke | |
| Brigitte Haas | |
| Werner Kaute-Vogt | |
| Thomas Kleinhenz | |
| Christian Kohlhepp | |
| Joachim Lutz | |
| Jürgen Müller | |
| Astrid Mützel | |
| Stefan Schottdorf | |

entschuldigt:

- 2. Bürgermeister Edgar Lutz
- Georg Ullrich

von der Verwaltung:

anwesend:

- | | |
|--------------|-----------------|
| Daniel Görke | (Schriftführer) |
|--------------|-----------------|
-

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen das vorab veröffentlichte Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung werden keine Einwände erhoben, es gilt somit als genehmigt. Der Bürgermeister stellt sodann den Antrag, die Tagesordnung um einen Bauantrag zu erweitern. Hiergegen werden keine Einwände erhoben. Da der erste Bürgermeister selbst der Bauantragsteller ist übergibt er die Sitzungsführung für diesen Punkt an den dritten Bürgermeister Kurt Selbert.

1. Antrag von Herrn Jürgen Karle auf Neubau eines Wintergartens am bestehenden Wohnhaus auf dem Grundstück Flnr. 909, Gemarkung Völkersleier

Das bestehende Wohnhaus soll um einen Wintergarten erweitert werden. Das Baugrundstück liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsbereichs und ist laut Flächennutzungsplan als Mischgebiet. Die Erschließung ist gesichert.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt sein Einvernehmen zum Bauantrag von Herrn Jürgen Karle für den Neubau eines Wintergartens am bestehenden Wohnhaus auf dem Grundstück FINr. 909 in der Gemarkung Völkersleier.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

Erster Bürgermeister Karle nahm wegen persönlicher Beteiligung nicht an der Abstimmung teil.

2. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben auf 3.482.950,00 Euro und im Vermögenshaushalt auf 1.398.900,00 Euro festgesetzt.

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

Die Steuerhebesätze werden festgesetzt auf

320 v.H. für Grundsteuer A
 320 v.H. für Grundsteuer B
 380 v.H. für Gewerbesteuer

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 360.000,00 Euro festgesetzt.

Gegenüber der Beratung des Haushalts in der Sitzung am 11.02.2014 haben sich noch nachfolgende Änderungen bei einigen HH-Ansätzen ergeben. Dies sind im Einzelnen:

HHSt. 2100.9350 - EDV-Ausstattung Grundschule	
Ansatz neu	2.000,00 €
Ansatz alt	1.000,00 €

HHSt. 6100.9400 - Rathausprojekt	
Ansatz neu	22.500,00 €
Ansatz alt	20.000,00 €

HHSt. 9101.9100 - Zuführung an allgemeine Rücklage	
Ansatz neu	16.900,00 €
Ansatz alt	20.400,00 €

Die Ausgaben für das Schützenhaus in Völkersleier wurden von Einzelplan 8 Unterabschnitt 8801 auf Einzelplan 7 Unterabschnitt 7621 umgesetzt.

Im Folgenden beschließt der Gemeinderat:

Beschluss 1: Der Gemeinderat beschließt den Finanzplan zum Haushaltsplan 2014 mit dem ihm zugrundeliegenden Investitionsprogramm.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

Beschluss 2: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt gemäß Art. 63 ff der Gemeindeordnung die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 samt Anlagen. Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung ist diesem Beschluss auf Dauer beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

3. Beratung über den Ausschluss von Flächen zur Lagerung von Brennholz auf öf-

öffentlichem Grund

Gemäß Gemeinderatsbeschluss wurden die derzeit zur Holzlagerung genutzten Flächen von der Verwaltung aufgenommen und kartiert. Insgesamt wurden fast 100 Holzplätze beantragt, wobei davon auszugehen ist, dass nicht alle derzeitigen Nutzer von Holzlagerplätzen auf Gemeindegrund dies auch bei der Gemeinde angezeigt haben.

Der Gemeinderat hatte sich vorbehalten erst nach der Erfassung sämtlicher Flächen darüber zu entscheiden, ob die Holzlagerung in bestimmten Bereichen weiterhin geduldet wird oder die derzeit betriebenen Plätze innerhalb der nächsten vier Jahre geräumt werden müssen.

Während Bürgermeister Karle der Meinung ist, dass die Lagerung von Brennholz entlang von Waldrändern generell verboten werden sollte, sieht die Mehrheit des Gemeinderates diese Notwendigkeit nicht. Im Gremium steht mehr die Einhaltung der Nutzungsbedingungen für die Holzplätze und weniger das generelle Verbot bestimmter Flächen im Vordergrund.

Aufgrund der öffentlichen Diskussionen und der bisher festgelegten Regelungen seien bereits viele Holzplätze auf öffentlichem Grund abgeräumt worden, sodass bereits viele Holzstapel aus dem Landschaftsbild verschwunden sind und die Gesamtsituation somit verbessert wurde. Wenn die angezeigten Plätze nun noch nach den Maßgaben des Gemeinderatsbeschlusses betrieben würden, wäre insgesamt schon viel erreicht, so die überwiegende Meinung.

Dieser Ansicht kann sich der Bürgermeister jedoch nicht anschließen und plädiert weiterhin auf den Ausschluss der Waldränder und bestimmter Bereiche, wie z.B. der Kastanienallee bei Völkersleier. Dem Einwand, dass vielerorts die Lagerung von Brennholz nicht anders möglich sei, hält er entgegen, dass dies das Problem der Selbstwerber sei. Es sei nicht Aufgabe der Gemeinde Selbstwerbern Lagerplätze zur Verfügung zu stellen, insbesondere dann nicht, wenn sich neben Brennholz noch vielerlei Unrat, wie Altreifen, Planen und Eternitplatten fände. Schließlich würde die Gemeinde Bürgern, die mit Heizöl heizen ja auch keine Heizöltanks zur Verfügung stellen.

Anschließend wird das Für und Wider einzelner Standorte diskutiert, wobei seitens der Verwaltung der Wunsch nach objektiven Kriterien für oder gegen Standorte im Allgemeinen geäußert wird, da es nicht praktikabel sei jeden einzelnen Holzplatz im Gemeinderat zu diskutieren.

Ratsmitglied Joachim Lutz schlägt vor, die aktuell gemeldeten Plätze als Bestand aufzunehmen und keine weiteren Standorte mehr zuzulassen. Somit würde die Ausbreitung der Lagerplätze gestoppt, trotzdem aber niemandem etwas weggenommen. Allerdings nur unter der Prämisse, dass sich alle Nutzer an die Regeln halten.

Auch dieser Vorschlag wird kontrovers diskutiert, da einige Ratsmitglieder es für ungerecht empfinden, dass künftig niemand mehr einen Platz beantragen könnte. Andere wiederum sehen dies unproblematisch, da zum einen die Frist zur Anmeldung der Plätze ausreichend lang war und es auch bei einem offiziellen Areal zur Holzlagerung zu der Situation kommen könnte, dass die Kapazitäten erschöpft sind und keine weiteren Flächen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Auf eine Annahme des Vorschlags kann man sich jedoch nicht einigen.

Im Verlauf der weiteren Diskussion kristallisiert sich heraus, dass die Ratsmitglieder in bestimmten Bereichen eine Holzlagerung auch weiterhin dulden würden, wenn die gestellten Bedingungen akzeptiert werden. In anderen Bereichen sieht man die Holzlagerung eher kritisch, sodass hier keinesfalls neue Plätze entstehen sollten, bestehende Plätze, die rechtzeitig angemeldet wurden aber bestehen bleiben könnten. Außerdem sollen einige Flächen doch gänzlich ausgeschlossen werden. Diese Flächen sollen jedoch nicht im Gremium sondern von den örtlichen Vertretern festgelegt werden.

Nach längerer Diskussion einigt man sich auf folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Ortsbeauftragten bzw. örtlichen Ratsmitglieder teilen die gemeindlichen Flächen in ihrem Bereich in drei Kategorien, positiv, negativ und neutral, ein. Dabei gilt:

- **Positiv:** Dort darf weiterhin Holz gelagert werden und dort können auch künftig Plätze beantragt werden. Die Nutzer haben hierzu mit der Gemeinde einen Nutzungsvertrag abzuschließen, in dem sie die Nutzungsbedingungen akzeptieren.
- **Neutral:** Dort besteht für bereits gelagertes und fristgerecht gemeldetes Holz Bestandschutz. Es darf dort nicht erweitert werden und Plätze, die aufgegeben werden, entfallen aus dem Bestandschutz. Die Nutzer haben ebenfalls mit der Gemeinde einen Nutzungsvertrag abzuschließen, in dem sie die Nutzungsbedingungen akzeptieren.
- **Negativ:** Dort darf kein Holz mehr gelagert werden. Bestehende Holzplätze, die der Gemeinde fristgerecht angezeigt wurden, müssen innerhalb der Übergangsfrist von vier Jahren geräumt werden.

Personen, die ihre Holzplätze bis jetzt noch nicht gemeldet haben, werden aufgefordert, ihr Holz zu beseitigen. Eine Nachmeldung sowie die Inanspruchnahme der Übergangsfrist sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

4. Abschluss einer Vereinbarung über die Abwicklung der Finanzierung des Umbaus und der Erweiterung des Volksschulgebäudes in Diebach

Mit Beginn des Schuljahres 2007 wurde die Teilhauptschule Diebach aufgelöst. Gemäß § 4 Abs. 1 der Vereinbarung vom 11.12.1997 ist bei einer Änderung des Schulsprengels eine Neuberechnung und ein Ausgleich der Baukosten anteilig, entsprechend der restlichen Nutzungsdauer, durchzuführen. Jedoch war diese Neuberechnung durch die Stadt Hammelburg bisher ausgeblieben und erfolgte erst jetzt im Jahr 2014.

Nach Anrechnung der Abschreibungen in Höhe von 1,5 % jährlich wäre demnach von der Stadt Hammelburg ein Betrag in Höhe von 160.612,00 Euro auszugleichen gewesen. Andererseits musste die Gemeinde der Stadt jährlich den Aufwand für die Hauptschule anteilig erstatten. Aufgrund der fehlenden Berechnung wurden von der Gemeinde hierauf jedoch nur Abschlagszahlungen geleistet, sodass sich nun nach der Endabrechnung wiederum ein Guthaben für die Stadt Hammelburg ergibt, welches in zwei Jahresraten von der Gemeinde erstattet wird.

Die vorgelegte Vereinbarung regelt rückwirkend die Abwicklung der Schulhausfinanzierung und die Verrechnung mit den jährlich von der Gemeinde zu leistenden Zahlungen für die zurückliegenden Jahre.

Für den bisher gestundeten Betrag wird jährlich ein Zins in Höhe von 6% zugunsten der Gemeinde verrechnet.

Beschluss:

Der Gemeinderat von Wartmannsroth stimmt der Vereinbarung zwischen der Gemeinde Wartmannsroth und der Stadt Hammelburg über die Abwicklung der Finanzierung des Umbaus und der Erweiterung des Schulgebäudes in Diebach zu.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen
5. Antrag der Klasse der 3/4a der Grundschule Wartmannsroth auf Neubeschaffung

eines Backofens

Im Rahmen eines Rathausbesuches der Klassen 3/4a und 3/4b überreichten die Schüler der Klasse 3/4a dem Bürgermeister einen Antrag auf Neubeschaffung eines Backofens für die Schule. Der derzeit genutzte Ofen sei defekt und für verschiedene Aktionen in der Schule werde ein neuer Ofen benötigt.

Der Gemeinde erkennt die Notwendigkeit dieser Ersatzbeschaffung an und befürwortet diese.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth bewilligt den Antrag der Klasse 3/4a auf Neubeschaffung eines Backofens für die Grundschule Wartmannsroth. Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Angebot einzuholen und den Auftrag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Antrag der Katholischen Kirchenstiftung Wartmannsroth auf Gewährung einer Zuwendung für Sanierungsarbeiten an der katholischen Pfarrkirche "St. Andreas und St. Jakobus der Ältere" in Wartmannsroth

Mit Schreiben vom 28.01.2014 teilt die Kirchenstiftung mit, dass in diesem Jahr Sanierungsarbeiten in der Pfarrkirche Wartmannsroth anstehen. Geplant sind die Trockenlegung der Außenwände, Reparaturarbeiten an den Kirchenbänken sowie die Schaffung eines barrierefreien Zugangs. Alle Arbeiten sollen im Laufe dieses Jahres ausgeführt werden.

Die Gesamtkosten belaufen sich laut Kostenschätzung auf 83.000 Euro, wovon die Diözese 60.000 Euro übernehmen wird. Für die Restkosten von 23.000 Euro wird eine Zuwendung seitens der Gemeinde erbeten.

Im Haushalt 2014 ist hierfür kein spezieller Ansatz vorgesehen.

Bürgermeister Karle erklärt, dass er eine Zuwendung in diesem Fall nicht befürwortet. Die Gemeinde müsse zwischen öffentlichen Angelegenheiten und kirchlichen Angelegenheiten unterscheiden. Seiner Meinung nach sei der Öffentlichkeit heutzutage nicht mehr zu vermitteln, warum die politische Gemeinde öffentliche Gelder in Sanierungsmaßnahmen von Kirchengebäuden steckt. Die Baulastverpflichtungen an den Kirchtürmen in Windheim und Wartmannsroth würden die Gemeinde ohnehin stark belasten, sodass er weiteren freiwilligen Zuschüssen ablehnend gegenüberstehe.

Ähnlich kritisch äußert sich dritter Bürgermeister Selbert. Auch er verweist auf die hohen finanziellen Belastungen der Gemeinde aus der Kirchturmbaulast. Außerdem gäbe es Kirchen bzw. Kirchengemeinden, die noch nie Gelder für den Kirchenunterhalt bekommen hätten während hingegen gerade aus Wartmannsroth und Windheim immer wieder Zuschussanträge kämen und hier bereits in der Vergangenheit viel Geld geflossen sei.

Ortssprecher Thomas Kleinhenz verweist darauf, dass die Kirche auch Teil des Dorflebens sei und man den Antrag einem Vereinszuschuss gleichstellen sollte. Deshalb schlägt er eine Kostenbeteiligung in Höhe von 15 % vor.

Eine prozentuale Beteiligung wird überwiegend abgelehnt. Wenn überhaupt ein Zuschuss gewährt werden sollte, dann nur als Festbetrag. Weitere Vorschläge sind Pauschalen von 1.000 Euro, 1.500 Euro oder 2.500 Euro.

Daraufhin lässt Bürgermeister Karle zunächst darüber abstimmen, ob überhaupt ein Zuschuss bewilligt werden soll.

Beschluss 1: Der Gemeinderat bewilligt einen Zuschuss für die Kath. Kirchenstiftung

Wartmannsroth zur Sanierung des Kirchengebäudes in Wartmannsroth.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

Da der Zuschuss grundsätzlich bewilligt wurde, lässt der Bürgermeister im Anschluss über die Höhe des Zuschusses abstimmen. Dabei gilt, dass nach der Reihe vorgegangen werden muss, beginnend mit dem weitreichendsten Beschluss

Beschluss 2: Der Gemeinderat bewilligt einen Zuschuss für die Kath. Kirchenstiftung Wartmannsroth zur Sanierung des Kirchengebäudes in Wartmannsroth in Höhe von 2.500 Euro. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt je nach Haushaltslage im Jahr 2014 oder im Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschluss 3: Der Gemeinderat bewilligt einen Zuschuss für die Kath. Kirchenstiftung Wartmannsroth zur Sanierung des Kirchengebäudes in Wartmannsroth in Höhe von 1.500 Euro. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt je nach Haushaltslage im Jahr 2014 oder im Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

Bürgermeister Karle beantragt einen weiteren Punkt in Sachen Feuerwehr auf die Tagesordnung aufzunehmen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird dies jedoch von Ratsmitglied Brigitte Haas abgelehnt, weshalb der Punkt erst in der nächsten Sitzung behandelt werden kann.

7. Verschiedenes

- Auf Anfrage der Gemeinde wurde von der Unteren Straßenbaubehörde die Einführung einer Tempo-30-Zone für die Ortsdurchfahrt Schwärzelbach geprüft. Daraufhin wurde der Gemeinde mitgeteilt, dass eine Messung keine besonderen Auffälligkeiten ergeben habe und eine Geschwindigkeitsbegrenzung für nicht erforderlich gehalten wird.
- Kreisbrandrat Benno Metz hat angedeutet, dass er die Anschaffung eines Mannschaftstransportwagens (MTW) für die Freiwillige Feuerwehr Wartmannsroth nicht unterstützen wird, was zu Folge hat, dass kein staatlicher Zuschuss gewährt wird. Stattdessen befürwortet er die Anschaffung eines Mehrzweckfahrzeuges (MZF), das sowohl zum Mannschaftstransport als auch als Kommandofahrzeug eingesetzt werden kann. Dieses Fahrzeug ist allerdings in der Anschaffung teurer, es wird aber auch ein etwas höherer staatlicher Zuschuss gewährt. Obwohl ein MTW als vollkommen ausreichend erachtet wird, haben sich Kommandant und Bürgermeister verständigt, Angebote für ein MZF einzuholen. Aus zum Teil schon vorliegenden Angeboten zeigt sich, dass sich der Mehrpreis für ein MZF in Grenzen hält und durch die zu erwartende staatliche Förderung die Anschaffung eines neuen MZF gegenüber einem gebrauchten MTW (keine Förderung) die wirtschaftlichere Lösung ist.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 8 – 12 werden nicht öffentlich behandelt.